

**Antrag 29/II/2021****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Umsetzung des Volksentscheides DW und Co. enteignen!**

1 Wir fordern die SPD Berlin, die Mitglieder der SPD Frakti-  
2 on des neu gewählten Abgeordnetenhauses, des Senats  
3 und die künftige regierende Bürgermeisterin dazu auf, die  
4 Umsetzung des Volksentscheides "Deutsche Wohnen und  
5 Co. Enteignen" in dieser Legislaturperiode zu gewährleis-  
6 ten und nach entsprechender Prüfung ein verfassungs-  
7 konformes Gesetz dazu vorzulegen. Des Weiteren fordern  
8 wir den Landesvorstand der SPD Berlin auf, die Umsetzung  
9 des Volksbegehrens im Koalitionsvertrag zu verankern.

10

**Begründung**

12 Mehr als 1 Million Berliner\*innen haben bei der Wahl am  
13 26.09.2021 für das Volksbegehren „Deutsche Wohnen &  
14 Co. Enteignen“ gestimmt. Dieses Ergebnis bestätigt noch-  
15 mals mit Nachdruck, dass für die Berliner\*innen die Lö-  
16 sung der Mietenproblematik der zentrale Punkt der zu-  
17 künftigen Stadtpolitik ist.

18 Die grundsätzliche Verfassungswidrigkeit der Vergesell-  
19 schaftung nach Art. 15 GG ist in den vergangenen zwei Jah-  
20 ren durch unterschiedlichste Gutachten, unter anderem  
21 vom Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundesta-  
22 ges, aber auch des Abgeordnetenhauses, sowie durch di-  
23 verse Verfassungsrechtler\*innen, widerlegt worden. Eine  
24 Prüfung der Verfassungswidrigkeit der durch die Kampa-  
25 gne aufgestellten Forderungen kann allerdings erst erfol-  
26 gen, wenn ein konkreter Gesetzesentwurf vorliegt.

27 Die Berliner SPD darf nun nicht die Gelegenheit verstre-  
28 ichen lassen, gemeinsam mit unseren politischen Verbün-  
29 deten und gemeinsam mit einer Initiative, die von mehr  
30 als einer Million Wahlberechtigten und vielen Menschen  
31 bundesweit unterstützt wird, die Wohnraumspekulation  
32 in Berlin zu unterbinden und die Stadt wieder ihren Ein-  
33 wohner\*innen zurückzugeben – gerade auch vor dem Hin-  
34 tergrund, dass die FDP in den nächsten Jahren im Bund  
35 als Bremsklotz einer vernünftigen sozialen Politik, alle  
36 Anstrengungen daran setzen wird, den kapitalistischen  
37 Wohnungsmarkt nicht zu regulieren.

38 Die Wohnungen also denen, die drin wohnen.

**Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch Koalitionsvertrag (Kein Konsens)**